



# Landesausschuss zog Bilanz

Innensenator Andy Grote (SPD) zu Gast bei der **DPoIG**

Anfang Dezember tagte der Landesausschuss der **DPoIG Hamburg** und bilanzierte das Jahr 2017 aus gewerkschafts-politischer Sicht. Der Landesausschuss setzt sich aus allen Fachbereichen und Sonderorganisationen der Deutschen Polizeigewerkschaft zusammen und repräsentiert somit alle Mitglieder der **DPoIG Hamburg**. Er tritt immer in den Jahren zusammen, in denen kein Landeskongress stattfindet und ist somit das zweithöchste Beschlussgremium. Landesvorsitzender Joachim Lenders eröffnete und leitete die Sitzung des Landesausschusses. Im Mittelpunkt des Landesausschusses und der sich anschließenden Diskussion stand zunächst eine Bewertung der aktuellen Situation der Hamburger Polizei. Der G20-Gipfel hat unsere Kolleginnen und Kollegen in einem Maß gefordert, das sich so nicht wiederholen darf! 50-Stunden-Dienste, kaum Schlaf und faktisch während des gesamten Gipfels immer im Dienst. Die Gewaltexzesse sind zum G20 genauso eingetreten, wie es unsere Gewerkschaft weit im

Vorfeld prognostiziert hat. Joachim Lenders hat eindringlich vor gewalttätigen linksextremistischen Ausschreitungen gewarnt. „Der Senat lädt Linksteroristen geradezu ein, die Stadt auseinanderzunehmen. Kein noch so großes Polizeiaufgebot kann dies in einer Millionenmetropole verhindern. Beim G20-Gipfel werden meinen Kolleginnen und Kollegen zu allem entschlossene Linksextremisten gegenüber stehen, für die Gewalt ein legitimes Mittel des politischen Kampfes ist“, so Joachim Lenders vor dem G20. Nach diesen Aussagen hagelte es Kritik von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. „Verantwortungslos“, „Horror-Szenario“, gar „Panikmache“ wurde uns entgegengehalten! Die „Panikmache“ wurde bittere Realität. Ohne Personal ist alles nichts. Diese Binsenweisheit ist nun auch in der Politik angekommen. Unsere Kollegen leisten exzellente Arbeit und dies oft bei Rahmenbedingungen, die man eben nur dann als optimal bezeichnen kann, wenn es um spezielle Ermittlungsgruppen geht. Die Personalstärke der Wachdienstgruppen an den PK/WSPK erreicht oft kaum die Grundlast. Es fehlen rund 300 Kolleginnen und Kollegen allein an den Polizeikommissariaten der DPV – durchschnittlich eine Schicht pro PK! In der Direktion Einsatz, im Verkehrsvollzug der VD, im LKA, in der WSP usw. überall dasselbe Bild – „Personal: Land unter!“. Am Nachmittag konnten die Teilnehmer Innensenator Andy Grote (SPD) begrüßen. Im Mittelpunkt des



War der Einladung unseres Landesvorsitzenden Joachim Lenders gerne gefolgt – Innensenator Andy Grote war Gast des Landesausschusses.

einhalbstündigen Informations- und Meinungsaustausches standen die aktuellen Probleme und Herausforderungen, mit denen sich unsere Kollegen täglich auseinandersetzen müssen. Engagiert diskutiert wurde über die Personalsituation, die Einsatzbelastung, die fehlenden Ressourcen in der Akademie der Polizei, die mangelhafte Berufsattraktivität, die dringend notwendige Einführung der zweigeteilten Laufbahn, die Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge und der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage sowie die verstetigte Einstellung von AiP verbunden mit einer Erweiterung des Aufgabenfeldes. Deshalb muss die Einstellungsoffensive aus Sicht der **DPoIG** auch eine Attraktivitätsoffensive sein, um wirklich genug geeignete Bewerber für den Polizeiberuf nicht nur zu interessieren, sondern zu begeistern! Die Polizei muss ein attraktiverer Arbeitgeber werden. Dabei geht es auch um die Bezahlung. ProBeSt gibt es bald seit vier Jahren. Die Kollegen des Polizeivollzugs erwar-

ten zu Recht, dass nach der Stellenbewertung tatsächlich Verbesserungen spürbar sind. Auch unsere wenigen Verwaltungsbeamten verdienen ein Attraktivitätsprogramm, damit auch die Fluktuation zu anderen Behörden gestoppt wird und sie die Anerkennung erfahren, die sie verdienen. Dasselbe gilt für unsere tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen, auch für sie muss es Perspektiven und Aufgabenerweiterungen geben, um sich weiterentwickeln zu können. Lebenslanges Lernen ist das Gebot der Stunde, nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch innerhalb einer effizienten Verwaltung. Ein weiterer wichtiger Tagungsordnungspunkt war die erforderliche Nachwahl eines Beisitzers. Marc-Ulrich Schipper (PK 41) wurde zum Beisitzer der Region Mitte II gewählt. Er ist mit dieser Wahl Mitglied im Landeshauptvorstand der **DPoIG Hamburg**. Wir wünschen ihm eine erfolgreiche Arbeit, alles Gute, Durchsetzungskraft und auch das notwendige Glück!

Der Landesvorstand

## Impressum:

Redaktion:  
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)  
Erdkampsweg 26  
22335 Hamburg  
Tel. (0 40) 48 28 00  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
Mobil (0175) 3 64 42 84  
E-Mail: FRHamburg@gmx.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Holzdamm 18, 20099 Hamburg  
Tel. (0 40) 25 40 26-0  
Fax (0 40) 25 40 26 10  
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de  
Geschäftszeit: Montag bis  
Donnerstag, 9.00 bis 17.30 Uhr,  
Freitag, 8.30 bis 17.00 Uhr  
Fotos: Frank Riebow, Thorsten  
Schröder, **DPoIG Hamburg**  
ISSN 0723-2230



@DPoIGHH



Der Landesausschuss setzt sich aus allen Fachbereichen und Sonderorganisationen der **DPoIG Hamburg** zusammen.



## Landesvorstand bedankt sich bei Arno Münster

### Arno Münster (MdHB): „Ich bleibe ein Freund der Polizei!“

Die **DPolG Hamburg** hat über viele Jahre sehr konstruktiv und engagiert mit dem Bürger-



schaftsabgeordneten und innenpolitischen Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Arno Münster, zusammengearbeitet. Er war mehrfach zu

Gast in unserer Landesgeschäftsstelle und diskutierte mit uns aktuelle Entwicklungen und Probleme in der Polizei. Dabei war er immer verlässlich und an der Sache orientiert. Diese Verlässlichkeit war und ist beidseitig und vertrauensvoll. Ebenso geschätzt war Arno Münster als Teilnehmer von Podiumsdiskussionen wie auf dem **DPoIG**-Landeskongress 2014. Bis zu seinem Rücktritt war Arno Münster mehr als sechs Jahre innenpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Seine politischen Themenbereiche waren in dieser Zeit unter anderem Polizei, Feuer-



Die Mitglieder des Landesvorstandes Klaus Vöge, Klemens Burzlaff, Landesvorsitzender Joachim Lenders und Freddi Lohse überreichten Arno Münster (Bildmitte) das Präsent im Hamburger Rathaus (von links).

wehr, Rettungsdienste, Verfassungsschutz, aber auch die NSU-Aufarbeitung. In diesem Zusammenhang war er auch Mitglied im Parlamentarischen Kontrollausschuss sowie in der G10- sowie G13-Kommission, die die Arbeit des Hamburger Verfassungsschutzes parlamentarisch begleitet und kontrolliert. Aktuell ist er Mitglied im G20-Sonderausschuss zur Aufklärung der Gewaltexzesse rund um den G20-Gipfel und Mitglied im SPD-Fraktionsvorstand. Der Landesvorstand der

**DPoIG Hamburg** hat die Gelegenheit am Rande einer Bürgerschaftssitzung genutzt, um sich ganz herzlich bei Arno Münster für dessen Arbeit als innenpolitischer Sprecher mit einem Präsent zu bedanken. Überrascht und erfreut zeigte sich dann Arno Münster: „So etwas passiert einem Bürgerschaftsabgeordneten auch nicht jeden Tag.“ Stimmt, aber verdient ist verdient! Alles Gute für die Zukunft, Arno Münster! Wir bleiben im Gespräch!

## Vorgestellt: Derya Yildirim, Migrationsbeauftragte, **DPoIG Hamburg**

Bei der Polizei Hamburg kann sich jeder bewerben, der seinen legalen Aufenthalt dauerhaft in Deutschland hat – und mit jeder sind auch diejenigen gemeint, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Menschen mit Migrationshintergrund werden immer häufiger bei der Polizei Hamburg eingestellt, das führt selbstverständlich auch dazu, dass es in der **DPoIG Hamburg** immer mehr Mitglieder mit Migrationshintergrund gibt. Daher hat sich unsere Gewerkschaft entschlossen, Derya Yildirim mit sofortiger Wirkung als Migrationsbeauftragte einzusetzen. Derya Yildirim ist Polizeihauptmeisterin, 37 Jahre alt und gebürtige Hamburgerin. Sie ist, so sagt sie es selbst, Deutsch-

Türkin und hat im August 2002 ihre Ausbildung bei der Hamburger Polizei begonnen. Während ihrer Zeit bei der Landesbereitschaftspolizei (LBP) wurde Derya Yildirim zum LKA 63 abgeordnet, verließ danach die LBP und versah dann ihren Dienst am Polizeikommissariat 25. Nach sieben Jahren Dienst am PK 25 entschloss sie sich, in die Einstellungsstelle zu wechseln, um dort für die Sachbearbeitung „Migration“ in verschiedenen Sachgebieten der AK 02 zu arbeiten. Im Jahr 2015 erhielt Derya Yildirim von der Northern Business School, der Handelskammer Hamburg und der Akademie der Polizei den Hamburger Sicherheits- und Sonderpreis für den Beitrag „Interkultureller Einsatzberater



Derya Yildirim

bei der Polizei Hamburg“. Sie beherrscht Deutsch und Türkisch perfekt und besitzt ein fundiertes kulturelles und religiöses Hintergrundwissen, da sie in beiden Kulturen lebt. Im Mai 2016 wurde Derya für ein knappes Jahr zum „Institut

transkultureller Kompetenzen“ abgeordnet und befindet sich jetzt wieder in der AK 02. Für die **DPoIG Hamburg** ist es wichtig, auch für die Mitglieder Ansprechpartner zu sein, die aufgrund ihrer Konfession oder ihres soziokulturellen Hintergrundes Probleme haben könnten oder befürchten. Diese Sorge möchte Derya Yildirim unseren Kolleginnen und Kollegen gerne nehmen beziehungsweise ihnen beratend zur Seite stehen. Für diese Fälle und weitere Fragen steht Derya Yildirim ab sofort allen **DPoIG**-Mitgliedern zur Verfügung. Für dieses Engagement bedanken wir uns ganz herzlich bei Derya! Bu taahhüt için Derya'ya teşekkür etmek isteriz!

*Der Landesvorstand*



© DPoIG Hamburg (6)

# DPoIG: LBP-Infoveranstaltung

Zum 1. Februar verlassen wieder viele junge, engagierte Kolleginnen und Kollegen nach ihrer bestandenen Laufbahnprüfung die Akademie der Polizei in Richtung Landesbereitschaftspolizei (LBP). Dann beginnt der Ernst des polizeilichen Lebens und Prüfungsklausuren sind erst einmal Vergangenheit. Um sie auf ihre neue Verwendungsdienststelle einzustimmen,

haben die JUNGE POLIZEI und der Fachbereich Schutzpolizei der **DPoIG Hamburg**, wie in den Jahren zuvor, eine Infoveranstaltung organisiert. Christian König (DE 32) hat den gespannt zuhörenden jungen Anwärterinnen und Anwärtern über seine Erfahrungen in der Landesbereitschaftspolizei berichtet. Großinsätze, wie OSZE und der brisante, alle Kolleginnen

und Kollegen extrem fordernde G20-Gipfel, standen dabei im Mittelpunkt. Dazu zahlreiche Fußballeinsätze und Demonstrationen, die den dienstlichen Alltag in der Bereitschaftspolizei bestimmen. Da Kollegen aus allen Hundertschaften anwesend waren, darunter einige, die seit vielen Jahren Dienst in der Landesbereitschaftspolizei verrichten, konnten auch viele

Interna und innerorganisatorische Fragen beantwortet werden. Ein rundum gelungener, informativer Nachmittag. Wir bedanken uns bei allen Kolleginnen und Kollegen der Landesbereitschaftspolizei, der JUNGEN POLIZEI und des Fachbereiches Schutzpolizei der **DPoIG Hamburg** für die Vorbereitung und Durchführung der Informationsveranstaltung! Daumen hoch! ■



**DPoIG**   
Deinetwegen!



## Personalversammlung 2017

# Schwerpunkte: G20-Gipfel, EO 300+ sowie die Personal- und Einsatzsituation

Innensenator Andy Grote (SPD): „Einstellungsoffensive des Senats wird die Polizei zukünftig entlasten!“

Über 2.000 Kolleginnen und Kollegen haben am 29. November an der diesjährigen Personalversammlung der Polizei in der Messehalle A3 teilgenommen. Die sechsstündige Veranstaltung wurde vom neu gewählten Personalratsvorsitzenden Klemens Burzlaff eröffnet und geleitet. Mit den politischen Großveranstaltungen OSZE im Dezember 2016 und dem wesentlich brisanteren G20-Gipfel im Juli dieses Jahres hat die Einsatzbelastung für alle Polizeibeschäftigten eine Dimension erreicht, die unseren Kolleginnen und Kollegen in weiten Teilen nicht mehr zumutbar ist. Trotz der sehr beeindruckenden Anzahl von insgesamt 31.000 eingesetzten Polizisten und Polizeibeschäftigten wurde der Personalmangel mit Folgen offenbar, die dazu führten, dass Einsatzkräfte 50 und mehr Stunden im Dienst waren.

Der Erste stellvertretende Landesvorsitzende der **DPoIG Hamburg**, Thomas Jungfer, schloss sich in seinem Grußwort den inhaltlichen Ausführungen und Forderungen des Personalrats an.

Die Steigerung der Berufsattraktivität, zum Beispiel durch die längst überfällige Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die uniformierte Polizei, muss das oberste Gebot des Hamburger Senats sein.



© DPoIG Hamburg (4)

> Der neu gewählte Personalratsvorsitzende Klemens Burzlaff leitete souverän die diesjährige Personalversammlung.

Natürlich begrüßt die **DPoIG** die Erhöhung der Einstellungszahlen und die vom Senat beabsichtigte Erhöhung der Polizeivollzugsstellen auf 8.000 Stellen – es sollten dann aber auch alle Polizeivollzugsstellen mit Kolleginnen und Kollegen besetzt sein! Die **DPoIG** bleibt bei ihrer Forderung, den Dienst zu ungünstigen Zeiten mit mindestens fünf Euro je Stunde zu vergüten. Auch unseren tarifbeschäftigten Kollegen und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten muss die Möglichkeit gegeben werden, sich beruflich im Hause Polizei ent-

wickeln zu können. „Wenn Sie den Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzuges etwas Gutes tun möchten Herr Senator, dann setzen Sie sich im Senat für die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage ein, das ist nämlich auch eine Anerkennung der Lebensleistung von Polizeibeamten“, mit dieser unmittelbaren Aufforderung an den Innensenator schloss Thomas Jungfer sein Grußwort. Der Geschäftsbericht des Personalrates erfolgte themen- und laufbahnzweigbezogen durch den Personalratsvorsitzenden und





stellvertretenden Landesvorsitzenden der **DPoIG Hamburg**, Klemens Burzlaff, die stellvertretende Personalratsvorsitzende und Vorsitzende des Fachbereiches Verwaltung Beate Petrou (**DPoIG**), für den Laufbahnzweig Verwaltung, den Beisitzer im Personalratsvorstand, Christian Schmidt (BDK), für den Laufbahnzweig Kriminalpolizei. Frank Riebow, Vorsitzender des Fachbereiches Wasserschutzpolizei (**DPoIG**) berichtete unter anderem über Themenfelder innerhalb des Laufbahnzweiges Wasserschutzpolizei und über den G20-Einsatz.

Thematisch ergänzten die Personalräte Michael Adomat (Eingruppierung, TV-L), Fleming Schade (Grundlast, Personalsituation), Stefan Diestel (DE14), Andreas Reimer (geschlossene Einheiten, Schutzausstattung, Dienstzeitregelung), Ronald Helmer (DuZ-Erhöhung, Einsatzbelastung, Aufgabenkritik), Liv Grolik (Akademie der Polizei), Klaus Vöge (Arbeitsschutz/ Arbeitssicherheit) (alle **DPoIG**) sowie Oliver Schwabe (LKA, BAO, Soko) und Meral Cakar (Situation der tarifbeschäftigten Kollegen in der Kriminalitätsbekämpfung) (beide BDK) den Geschäftsbericht des Personalrates der Polizei. Personalratsvorsitzender Klemens

Burzlaff berichtete zunächst über das abgeschlossene Beförderungsauswahlverfahren 2017. Insgesamt wurden in den verschiedenen Statusämtern 525 Kolleginnen und Kollegen ausgewählt. Positiv ist dabei besonders erwähnenswert, dass innerhalb der Ernennungsverfahren nach A 8 und A 9 alle



> Thomas Jungfer, Erster stellvertretender **DPoIG**-Landesvorsitzender, während seines Grußwortes.

Kollegen mit den Prädikaten A, B und C berücksichtigt wurden! Die Leichtlohngruppen A 7 und A 8 gehören im Polizeivollzugsdienst endgültig und ein für alle Mal abgeschafft.

Des Weiteren berichtete der Personalratsvorsitzende zum G20-Gipfel aus personalrätlicher Sicht. Direkt an Senator Andy Grote gewandt, fragte Klemens Burzlaff, ob sich der

Senat tatsächlich bewusst sei, was die Politik meinen Kolleginnen und Kollegen eigentlich zugemutet habe? „Über 50 Stunden waren die Einsatzkräfte durchgehend im Dienst, unter Bewurf – in zum Teil lebensgefährlichen Situationen. Nicht umsonst sind 63 Hamburger Polizistinnen und Poli-

zisten dehydriert und mussten dem Bundeswehr-Krankenhaus zugeführt werden. Weitere 66 Kollegen sind durch äußere Einwirkung, also unter anderem durch Störer, verletzt worden. Es muss die Frage erlaubt sein, auch oder besser gerade als Personalvertretung: War es das wert, den G20 nach Hamburg zu holen? Es gab insgesamt über 700 verletzte Einsatzkräfte – über 700!“, so Kle-

mens Burzlaff weiter. Er schloss seinen Geschäftsbericht mit „Hinweisen“ an den Senator: „Was gibt es jetzt dringend zu tun? Eine faire, wertschätzende Eingruppierung für unsere tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen, die Einführung der zweigeteilten Laufbahn für die uniformierte Polizei und die Wiedereinführung der Freien Heilfürsorge, denn 2017 hat es gezeigt, wir haben es uns verdient!“ Innensenator Andy Grote nutzte im Rahmen der Aussprache zuerst die Gelegenheit, den Kolleginnen und Kollegen für ihr Engagement und ihre Einsatzbereitschaft zu danken. Er sei sich bewusst, was die Einsätze OSZE und G20-Gipfel allen Polizeibeschäftigten abverlangt hätten. Darüber hinaus stellte er in seinem Redebeitrag die Einstellungsoffensive in den Vordergrund. Hinsichtlich des Personalmangels verwies der Senator auf die zukünftigen zusätzlichen 300 Stellen und das Anwachsen des Haushalts der BIS mit dem Schwerpunkt innere Sicherheit. Hier ist die Polizei gegenüber anderen Behörden und Ämtern klar im Vorteil, und so ist es auch aktuell erforderlich und richtig! Er sicherte zu, dass die Ausbildungsqualität trotz der Unzulänglichkeiten an der Akademie der Polizei nicht sinkt.

*Der Landesvorstand*



## „Ich bin seit über 40 Jahren Polizeibeamter und zwar mit Leib und Seele“

Bernd Haß, Zivilfahnder, PK 36, Personalversammlung 2017

„Meine Begrüßung gilt für alle, ist freundlich gemeint und auf die Hamburger Art:

Moin! Mein Name: Bernd Haß. Ich bin 57 Jahre alt und Zivilfahnder am PK 36. Ich bin seit über 40 Jahren Polizeibeamter, und zwar mit Leib und Seele. Von Anfang an bin ich ‚auf der Straße‘ tätig. Erst bei der Bereitschaftspolizei, dann in der Schicht und seit 30 Jahren als Zivilfahnder. Wir Polizeibeamte bewältigen regelmäßig schreckliche und lebensbedrohliche Situationen. Wir haben es zu tun mit: völlig wahnsinnigen und durchgeknallten Typen, Gewalttätern und Räufern, Einbrechern, Drogenhändlern, Totschlägern, Mördern und Tätern, die uns verletzen wollen sowie uns und unseren Familien den Tod wünschen.

Stellvertretend für viele Kollegen ein paar kurze Schilderungen meiner Erlebnisse: Ich war live dabei, als der 15-jährige Afghane auf die am Boden liegende Frau wie ein Wahnsinniger einstach. Seine Schwester wollte ihn abhalten, wurde dabei in den Oberschenkel gestochen und brach zusammen. Ich konnte den Täter dann entwaffnen und festnehmen. Die Frau – seine Mutter – war durchlöchert mit acht Kopfstichen und sieben Stichen in den Oberkörper. Sie verstarb nach wenigen Minuten am Tatort. Damals, Anfang der 1990er-Jahre, kannten wir den Begriff ‚Ehrenmord‘ noch gar nicht.

Nachmittags: 15.30 Uhr, Bramfeld, in der Straße Müztendorpsteed wird mir bei einer Perso-

nenüberprüfung eines Heroinhändlers dreimal ins Gesicht geschossen, zum Glück nur mit Tränengas, leider aus knapp 50 Zentimetern Distanz. Durch den Gasdruck schießt Blut aus meinem Gesicht und zwar aus allen Poren. Das Gesicht ist komplett blutverschmiert. Abends sieht meine Frau meine Gesichtsverletzungen und fragt: ‚Was machst Du da eigentlich?‘, sie bricht dann zusammen. Ein albanischer Einbrecher versuchte, mir mit einem Schraubendreher die Augen auszustechen. Zwei betrunkene Polen wollten mir mit jeweils einem Vorschlaghammer den Kopf einschlagen. Ich hing zusammen mit einem ZF-Kollegen an einem geklauten Pkw dran, der mit uns und mit Vollgas über die Fabriciusstraße raste. Wir konnten uns gerade noch rechtzeitig lösen, ansonsten wären wir zerquetscht worden. Wir haben morgens bei der Lebenspartnerin eines ZF-Truppkollegen geklingelt und ihr mitteilen müssen, dass ihr Lebenspartner nicht mehr nach Hause kommt. Er war im Nachtdienst verstorben.

Nachts um 3 Uhr im Neusurenland in Farmsen. Ich habe gerade einen Täter gestellt, nachdem dieser einem Taxifahrer in den Hals gestochen und dessen Einnahmen geraubt hat. Es gab hier ein Problem. Der Täter sagte, er sei Heroin-Junkie und ihm sei, so wörtlich, ‚alles scheißegal‘. Er hatte eine Handgranate in der Hand. Unsere Distanz betrug zwei Meter. Er zog den Sicherungssplint und warf ihn weg. Die Handgranate war jetzt entsichert und ich wusste, wenn er die Hand öffnet, bin

ich tot. Ihm war – wie erwähnt – alles scheißegal. Über Funk wurde mir mitgeteilt, dass 14 Streifenwagen den Bereich weiträumig absperren. Weiterhin wurde mir über Funk ‚viel Glück‘ gewünscht! Ein ZF-Kollege war als Pizzabote getarnt und hatte bei der Tatausführung eines Raubes drei Messer an der Brust. Die Täter flüchteten, wobei der Haupttäter aus vollem Lauf, aus etwa zwei bis drei Metern Entfernung, sein gut 20 Zentimeter langes Messer auf mich warf. Diese Tat ereignete sich gerade im letzten Monat.

Viele Kollegen hatten ähnliche oder schlimmere Erlebnisse. Die jüngeren Kollegen können sicher sein, dass noch genügend lebensbedrohliche Situationen auf sie zukommen werden.

Die Ereignisse haben sich eingebrennt. Sie hinterlassen Narben auf der Seele meiner Familie und mir – vermutlich bis zum Tod. Für solche Ereignisse erhalten Polizeibeamte eine Polizeizulage in Höhe von 127 Euro, das sind rund 95 Euro netto. Ich zitiere aus der Definition der Polizeizulage: ‚Die Polizeizulage ist eine Zahlung des Arbeitgebers, die das Risiko von besonders gefahrennahen Tätigkeiten kompensieren soll.‘ Die Definition ist noch ausführlicher, bezieht sich dann aber auf die besonderen psychischen Belastungen.

Mit Eintritt in den Ruhestand existieren diese ‚besonderen psychischen Belastungen‘, die ausschließlich durch den sehr speziellen Beruf des Polizeibe-



> Bernd Haß

amten entstanden sind, natürlich weiter. Als ‚Dankeschön‘ und ‚Anerkennung‘ hat der Hamburger Senat im Jahr 2008 dafür gesorgt, dass die Polizeizulage bei Eintritt in den Ruhestand gestrichen wird. Der Senat unterstellt damit den Wegfall der psychischen Belastungen im Ruhestand und ignoriert die tief eingetragenen Narben. Ich bin Beisitzer im Landeshauptvorstand der **DPoIG Hamburg**. Seit Jahren fordern wir, wie auch auf jeder Personalversammlung, die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. In NRW hat die Politik positiv reagiert. In Bayern wurde die Ruhegehaltsfähigkeit nie angetastet. In Hamburg haben die regelmäßigen Anfragen den Senat allerdings nie interessiert. Es gab in den ganzen Jahren seitens des Hamburger Senats keinerlei Reaktion. Das könnte sich heute ändern! Herr Innenminister Grote, es geht hier um die berufliche Lebensleistung eines jeden Polizisten und seiner Familie, die alle Belastungen über Jahrzehnte haben ertragen müssen. Wäre es nicht ein angemessenes Signal der Anerkennung, die Polizeizulage wieder ruhegehaltsfähig auszugestalten? Mir geht es am Ende um Folgendes: Herr Senator, beenden Sie das neunjährige Schweigen des Hamburger Senats. Ich möchte Sie hiermit bitten, jetzt zu diesem Thema Stellung zu beziehen. Vielleicht hilft bei der Premiere ein anständiger Applaus mit Anfeuerungsrufen. Danke für die Aufmerksamkeit!“

*(Es gilt das gesprochene Wort!)*



# Nachwuchs zu Gast beim WSP-Fortbildungs- und Einsatzzug

Von Frank Riebow, Vorsitzender Fachbereich Wasserschutzpolizei



> Dienststellenleiter Ralph Nachbar stellte die Arbeit von WSP 7 detailliert vor. Liv Grolik (JUNGE POLIZEI) und vor allem unsere jungen Kolleginnen und Kollegen erfuhren so aus erster Hand, was es bedeutet, im Fortbildungs- und Einsatzzug der WSP Hamburg tätig zu sein.

Drei Kolleginnen und zwei Kollegen, die zum 1. Oktober des vergangenen Jahres ihre Ausbildung im Laufbahnabschnitt II begannen, haben vor wenigen Wochen auf Einladung des Fachbereiches Wasserschutzpolizei und der JUNGEN POLIZEI ihre zukünftige Erstverwendungsdienststelle – WSP 7 – besucht. Ganz herz-

lich konnten wir auch Liv Grolik von der JUNGEN POLIZEI begrüßen. Im Gegensatz zu den anderen Einsatzzügen der Hamburger Polizei liegt der Schwerpunkt des Fortbildungs- und Einsatzzuges der Wasserschutzpolizei (WSP 7) ganz wesentlich auf der intensiven Fortbildung, um unsere jungen Kolleginnen und Kolle-

gen „WSP-fit“ zu machen. Alle Berufseinsteiger der Wasserschutzpolizei verrichten nach dem Abschluss der Ausbildung an der Akademie der Polizei ihren Dienst zunächst beim Fortbildungs- und Einsatzzug. Die Verweildauer beträgt zurzeit etwa 16 Monate. Dabei werden sie im täglichen Dienst von erfahrenen Kolle-

ginnen und Kollegen in die wasserschutzpolizeilichen Tätigkeiten eingewiesen und an der Wasserschutzpolizeischule fortgebildet. Die Mitarbeiter des Fortbildungs- und Einsatzzuges unterstützen die Wasserschutzpolizeikommissariate, das WSPR 4 Cuxhaven und die Fachdienststellen bei der Gewährleistung des täglichen Dienstes und der Bewältigung besonderer Einsatzlagen an Land und auf dem Wasser. Darüber hinaus wird WSP 7 durch die Polizei Hamburg bei Großeinsätzen im gesamten Stadtgebiet eingesetzt. Ein herzlicher Dank geht an den Dienststellenleiter und Zugführer EPHK Ralph Nachbar. Sein Vortrag begeisterte unsere jungen und Kollegen und gab ihnen einen ersten Eindruck von ihrer zukünftigen Tätigkeit. ■

## > „Save the Date“: Terminhinweise des Fachbereiches Verwaltung

© DPoIG Hamburg



Der Fachbereich Verwaltung der **DPoIG Hamburg** wird in diesem Jahr wieder Tagesseminare anbieten. Meldet Euch am besten jetzt schon einmal in unserer **DPoIG-Geschäftsstelle** an.

(Telefon: 040.2540260 oder gerne per E-Mail: [dpolg@dpolg-hh.de](mailto:dpolg@dpolg-hh.de))

**Wichtig: Für alle Tagesseminare gibt es Sonderurlaub!**

Folgende Seminare stehen bereits fest:

**21. Februar 2018**  
**Landesbetrieb Verkehr, Schwerpunkt Parkraummanagement (PRM) und Verkehrsüberwachung (VÜ)** im Austausch mit AiA und AiP vom PK und ZVOD – Gemeinsame Probleme erkennen, Netzwerk ausbauen und Gespräche mit Herrn Adrian, LBV und Herrn Wegge, Polizei.

**21. März 2018**  
**Polizei, Schwerpunkt AiA und AiP** Vollzugsentlastung und neue Aufgaben für die AiP, Wegfall von Aufgaben an den LBV, Entlastung des Vollzuges, Ergebnisse der AG AiP der Polizei, Gespräche mit einem Polizeiführer und dem Leiter der AG AiP, Herrn Klahn.

**11. April 2018**  
**Polizei, Schwerpunkt allgemeine Verwaltung**

Arbeit in der Verwaltung gestalten, Personalentwicklung, Stellensituation, Telearbeit  
 Gespräche mit Frau Homburg (PERS 20) und Herr Klahn (PERS 10).

**18. April 2018**  
**Polizei, Schwerpunkt DE 14**  
 Zukunft der DE 14? Anbindung, Struktur, Karriereoptionen, Dienstzeiten.  
 Gespräch mit Herrn Buttman und einem weiteren Gast (n.n.)  
 Darüber hinaus sind in 2018 noch zwei weitere Seminare geplant:

Ein Vertrauensleuteseminar, an dem interessierte Kolleginnen

und Kollegen aus der Polizei, aus dem LBV und aus dem EZA teilnehmen können. Hier wird es unter anderem einen Programmpunkt „Kommunikation“ geben. Ein weiteres Seminar für die allgemeine Verwaltung: Tarifliche Themen wie Beurteilungen, Stufenaufstiege, Eingruppierung, Karriereplanung, Stellenbewertung. Hier wird es zwei Gäste geben, mit denen die Termine derzeit noch abgestimmt werden. Der Fachbereich Verwaltung der **DPoIG** freut sich auf die Teilnehmer und Gäste. Wir nehmen selbstverständlich auch Themenvorschläge für zukünftige Seminare gerne entgegen, bitte E-Mail an: [beate.petrou@dpolg-hh.de](mailto:beate.petrou@dpolg-hh.de).



# In Memoriam – Dirk Wennmann bleibt uns unvergessen!

Am 26. Januar 2008 verstarb unser Freund und Kollege Dirk Wennmann im Alter von 46 Jahren. Der Tod hat Dirk mitten aus dem Leben gerissen. Dirk Wennmann war Vorsitzender des Fachbereiches Schutzpolizei, Landeshauptvorstandsmitglied, kooptiertes Vorstandsmitglied der **DPoIG Hamburg**

und freigestelltes Personalratsmitglied.

„Dirk Wennmann war das soziale Gewissen der Bereitschaftspolizei!“

Mit diesen Worten würdigte der damalige Leiter der Landesbereitschaftspolizei, LPD Hartmut



Dudde, die besondere Persönlichkeit, das Engagement und die herausragende Einsatzbereitschaft von Dirk Wennmann.

Dirk hinterließ seine Lebensgefährtin und fünf Kinder im Alter von 14 Monaten bis 16 Jahre.

*Der Landesvorstand*

## Jahrestreffen der Senioren



Wieder einmal volles Haus in unserer Landesgeschäftsstelle im Holzdamm. Im Dezember lud die **DPoIG Hamburg** ihre Pensionäre zum vorweihnachtlichen Jahrestreffen ein. Peter Ulawski, Seniorenbeauftragter unserer Gewerkschaft, hatte mit den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle wie immer al-

les perfekt vorbereitet. Unsere pensionierten Kollegen muss man nicht lange bitten und wie jedes Jahr, so war auch diesmal der Veranstaltungssaal bis auf den letzten Platz gefüllt. Peter Ulawski empfing unsere „Ehemaligen“ ganz herzlich bei ihrer Gewerkschaft und freute sich, alle gesund und munter begrü-

ßen zu dürfen. Zunächst verfolgten unsere Pensionäre aufmerksam die Ausführungen des stellvertretenden Landesvorsitzenden Klaus Vöge, der über die aktuellen Entwicklungen innerhalb der Polizei berichtete. In diesem Jahr stand natürlich der Polizeieinsatz rund um den G20-Gipfel im

Vordergrund. Die Gewaltbereitschaft sogenannter Demonstranten verschlug auch unseren Pensionären die Sprache. Die Einsätze „Hafenstraße“ haben viele von ihnen erlebt, aber gewalttätige Ausschreitungen beim G20 in dieser Form so nicht erwartet. Es blieb auch noch genug Zeit für angeregte Gespräche im kleinen Kreis und am Schluss der Veranstaltung verabredeten sich die Senioren schon für das nächste Jahrestreffen. Ein herzlicher Dank geht von hier aus an die fleißigen Helfer im Hintergrund. Ein besonderes Dankeschön gilt hierbei den Mitarbeiterinnen unserer Geschäftsstelle.

### > Wenn Bezügebestandteile zurückgefordert werden

#### Wegfall des Familienzuschlags nach Scheidung: Höhe der Rückforderung

Eine Beamtin, die fast zehn Jahre nach ihrer Ehescheidung den Familienzuschlag Stufe 1 weiter erhalten hat, schuldet 70 Prozent des Überzahlungsbetrages im Rahmen der Regresshaftung. Der Einwand der Beamtin, ein Teil der Forderung sei bereits verjährt, verfiel nicht, weil der Dienstherr erst kurz vor dem Rückforderungsbescheid gegen die Beamtin von ihr selbst über die rechtskräftige Scheidung informiert wurde. Dennoch führte ein Organisationsverschulden des Dienstherrn dazu, als mögliches Mitverschulden in die Ermessensentscheidung einzufließen. Die Berücksichtigung eines solchen Verschuldens führt im Rahmen der Billigkeitsprüfung dazu, den Rückforderungsbetrag teilweise zu kürzen. Im vorliegenden Fall hatte das zuständige Landesamt für Besoldung und Versorgung im Rahmen des durchgeführten Widerspruchsverfahrens den ursprünglichen Rückforderungsbetrag um 30 Prozent gekürzt, weil die Fortzahlung der Zulage insoweit auch auf ein Organisationsverschulden zurückzuführen war. Die Ämterstruktur verhinderte, dass die seinerzeit durchgeführte Meldung über die Ehescheidung der Beamtin ordnungsgemäß weitergeleitet worden wurde. Eine über diesen Kürzungsbetrag hinausgehende Ermäßigung des Rückforderungsbetrages schied aus. Das für den Fall zuständige Verwaltungsgericht Aachen (Az.: 1 K 1898/15) nahm an, dass die betroffene Beamtin sich um den Betrag der fortgezahlten Zulage bereichert und wegen der verschärften Haftung des Bereicherungsrechts sich nicht auf Entreicherung berufen könne. Das Urteil ist zwischenzeitlich rechtskräftig.